©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JEFFREY HERF

DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland

Die Auseinandersetzung um die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa gehört zu den wichtigen Wendemarken in der deutschen, europäischen und internationalen Geschichte der Nachkriegszeit und des 20. Jahrhunderts. Doch müssen ihre historische Bedeutung, ihre Implikationen für die Geschichtstheorie und ihre Aussagen über die Stärken wie die verwundbaren Stellen von Demokratien erst noch bewußt gemacht werden. Der folgende Essay behandelt die Schlacht um die Euroraketen mit zwei Problemfeldern vor Augen. Auf mehr allgemeiner und abstrakter Ebene lenken jene Vorgänge, erstens, unsere Aufmerksamkeit auf die Rolle subjektiver Faktoren, auf Individuen, ihre Glaubensorientierung, ihre Überzeugungen, ihre Präferenzen, mithin auf den subjektiv bedingten Charakter historischer Wendemarken. Dies geschieht im Gegensatz zu strukturalistischen Theorien, die Personen nur eine bescheidene Rolle in der Geschichte zubilligen, und zu post-strukturalistischen Theorien, die an der Möglichkeit kohärenter und kausaler narrativer Darstellung zweifeln. Zweitens war sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, bei Neo-Marxisten wie Neo-Konservativen, eine deterministische Vorstellung vom Niedergang der Demokratie oder des Kapitalismus sehr ausgeprägt, wenn Ende der siebziger Jahre über die „Krise der Demokratie" geschrieben wurde. Demgegenüber sollen die subjektiven Faktoren in der politischen Kultur Westdeutschlands beleuchtet werden, die eine recht unerwartete demokratische Widerstandskraft erklären helfen.

In den dreißiger und in den siebziger Jahren stellten die wohlwollenden und besorgten Kritiker der Demokratie wie ihre Gegner und Feinde die Frage, ob die politischen Vorzüge offener Gesellschaften – Diskussion, freie Presse, Wettbewerb in Wahlen – bei der Konfrontation mit expansionistischen Diktaturen nicht zu strategischen Schwächen würden. Umgekehrt fragten sie sich, ob die politischen Mängel einer Diktatur – das Fehlen politischer Freiheit und öffentlicher Debatte – bei der Einschüchterung demokratischer Regierungen und Gesellschaften nicht einen entscheidenden Vorteil darstellten. In den siebziger Jahren entstand eine umfängliche wissenschaftliche Literatur über die innere „Krise der Demokratie", über die „Legitimationskrise des Spätkapitalismus" und über „Unregierbarkeit"[1]. In der Bundesrepublik Deutschland, wo die Wiederbelebung

[1] Vgl. Michel J. Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975; Wilhelm Hen-

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

romantischer, marxistischer und utopischer Traditionen auf der Linken sowohl die wirtschaftlichen und politischen Institutionen des Landes wie dessen Westorientierung anfocht, hielt man die allgemeine Krise der Demokratie für besonders akut[2].

Westliche Strategen fürchteten, die in Westeuropa herrschende Angst vor einem nuklearen Krieg könne sich für die Sowjetunion bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der atlantischen Allianz als ausschlaggebender Vorteil erweisen[3]. Die Sorge um das „dekadente Europa" und um „einen Kontinent auf Abwegen", die in den siebziger Jahren aufbrach, kulminierte 1983 in düsteren Warnungen vor dem Untergang der Demokratien[4]. Die „Nachrüstungskrise" war der Katalysator, der die Besorgnis um die Regierbarkeit von Demokratien mit der Besorgnis um das Machtgleichgewicht in Europa verschmelzen ließ. Das lag daran, daß die Auseinandersetzung über die Euroraketen ein idealtypischer Fall von „asymmetrischer strategischer Interaktion" war, wie der Verfasser dies an anderer Stelle genannt hat[5]. Damit ist gemeint, daß in der strategischen Interaktion zwischen Demokratie und Diktatur Kriegsfurcht nur in Demokratien einen Wandel der Regierungspolitik bewirken kann[6]. Jedoch ist die Demokratie nicht untergegangen, die Bundesrepublik verfiel nicht dem Neutralismus, die Sowjetunion dehnte ihren Einfluß nicht auf Westeuropa aus, und die Vereinigten Staaten von Amerika waren nicht gezwungen, sich aus Europa zurückzuziehen. Zwischen 1977, als Bundeskanzler

---

nis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Stuttgart 1979; Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit", Frankfurt 1979. Eine Version dieses Essays wurde im Juni 1991 als Vortrag am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen gehalten. Der Verf. dankt den Mitgliedern des Instituts für ihre Kommentare und Anregungen.

2 Richard Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt 1979.

3 Lothar Rühl, Soviet Policy and the Domestic Politics of Western Europe, in: Richard Pipes (Hrsg.), Soviet Strategy in Europe, New York 1976, S. 65–103; Peter Stratmann, NATO in der Krise, Baden-Baden 1981, S. 242; Uwe Nerlich/Falk Bomsdorf, Rüstungskontrolle als ein Prozeß der Selbstbindung. Wirkungsweisen westlicher Verhandlungspolitik, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kraftverhältnisse, Baden-Baden 1983; Michel Tatu, Public Opinion as Both Means and Ends for Policy-Makers, Adelphi Papers 191, 1984, S. 29. Vgl. auch Michel Tatu, La bataille des euromissiles, Paris 1983.

4 Raymond Aron, Plaidoyer Pour L'Europe Decadente, Paris 1977; Walter Laqueur, A Continent Astray, New York 1978; Karl Dietrich Bracher, Europa und Entspannung, Frankfurt 1979; ders., Europa in der Krise, Frankfurt 1979; Jean-Francois Revel, Comment les Democraties finissent, Paris 1983. Diese Analytiker der Krise der Demokratie schrieben nicht in einer Spenglerschen Stimmung des unvermeidlichen und unaufhaltsamen Verfalls. Ihr Pessimismus war nicht von der Art Spenglers, sondern von der Art Webers. *Wenn* sich der gegenwärtige Trend fortsetze, so sagten sie, *dann* würden sich die üblen Erscheinungen der dreißiger Jahre wiederholen. Ein großer Teil dieser Literatur verfolgte den Zweck, dem herrschenden Trend entgegenzuwirken.

5 Vgl. Jeffrey Herf, War By Other Means. Soviet Power, West German Resistance and the Battle of the Euromissiles, New York 1991; ders., Asymmetric Strategic Interaction, in: Journal of Strategic Studies, Juni 1990.

6 Die klassische Analyse der asymmetrischen strategischen Interaktion findet sich in Winston S. Churchills „The Gathering Storm" (Boston 1948), bes. S. 17 f. und 102 f.; vgl. ferner Raymond Aron, Peace and War. A Theory of International Relations, Malabar, Florida, 1981.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Helmut Schmidt in London eine wichtige Rede über Rüstungskontrolle hielt, und 1983, als der Bundestag für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland stimmte, nahm die Weltpolitik eine neue Wendung. Dem folgte – als einer essentiellen Voraussetzung – das INF (Intermediale Nuclear Forces)-Abkommen von 1987, der Zusammenbruch von Kommunismus und Warschauer Pakt, die Entstehung junger Demokratien in Mitteleuropa und die deutsche Vereinigung 1989/90. Wie und warum hat die Demokratie überlebt?

Die westdeutsche Demokratie überlebte auf Grund unerwarteter Stärken von Demokratien, auf Grund der 1945 eingeleiteten Angleichung der politischen Kultur Westdeutschlands an den Westen und auf Grund der Überzeugungen wie der Entscheidungen einiger führender Politiker[7]. Da liberaldemokratische Gesellschaften die Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung schützen und den friedlichen politischen Wettbewerb in einem Mehrparteiensystem verankert haben, sind sie – und zwar auf eine Weise, die Diktaturen unmöglich ist – fähig, politische Bildung zu institutionalisieren und zu fördern, aus Fehlern zu lernen und Wissen zu verbreiten. Sie sind ferner fähig, diejenigen friedlich an die Macht zu bringen, die neue politische Wege gehen wollen, und jene zu entfernen, die eine fehlerhafte Politik verfolgt haben. Ferner sind Politiker in Demokratien gezwungen, für jede wichtige Entscheidung ein Mandat zu suchen, was zur Folge hat, daß schwierige Entscheidungen die Legitimität eines Mehrheitsbeschlusses erreichen, akzeptiert von Minderheiten, die sich frei äußern können. Mit solchen Argumenten wird gewöhnlich die moralische Überlegenheit der liberalen Demokratie begründet, tatsächlich begründen sie aber auch ihre praktische Überlegenheit über die Diktatur, erklären sie zu einem guten Teil ihre potentiellen Stärken. Und doch haben sie in den großen Debatten über die Krise der Demokratie, zu denen es in den siebziger und frühen achtziger Jahren kam, überraschend wenig Resonanz gefunden[8].

Die von 1977 bis 1983 zu beobachtende Widerstandskraft der westdeutschen Demokratie und die Transformation Europas in den Jahren 1989 und 1990 deuten darauf hin, daß die historische Reflexion über die realen und potentiellen Stärken der Bundesrepublik Deutschland, eines dieser krisengeschüttelten, überlasteten, entlegitimierten, deka-

---

[7] In Westdeutschland beschäftigte sich die Debatte über die Demokratie mehr mit dem Problem „Technokratie versus Demokratie" als mit dem Potential demokratischer Politik an politischer Widerstandskraft. Vgl. Jürgen Habermas/Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.

[8] Vgl. Karl Popper, The Open Society and Its Enemies. In dieser Argumentation ist jedoch nur von dem Potential die Rede, das liberaldemokratische Institutionen bieten. Es wird, in Übereinstimmung mit dem Geist liberalen politischen Denkens, keineswegs behauptet, daß in Demokratien die politischen Führer und die Bürger ständig ihr Wissen mehren und aus Fehlern lernen. Viele Beispiele könnten dafür genannt werden, daß es in Demokratien zu Maximierung von Dummheit kam, zur Wahl und Wiederwahl unfähiger Führer, zur Entscheidung für eine katastrophale Politik, zur Lähmung durch dogmatische Minderheiten – und so zum Untergang. Ob bestehende Demokratien die Gelegenheit zum Lernen ergreifen, ist keine theoretische Gewißheit, sondern hängt von den Entscheidungen der geschichtlichen Akteure ab.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denten und paralysierten politischen Gemeinwesen, wie man sagte, seit langem überfällig ist. Die Schlacht um die Euroraketen ist zur Gänze in Westeuropa geschlagen worden. Zentrales Schlachtfeld war die westdeutsche Innenpolitik. Im folgenden werden Entwicklungen in der westdeutschen politischen Kultur untersucht, die Überzeugungen und Meinungen der politischen Klasse Westdeutschlands – Politiker, Beamte, Journalisten, Intellektuelle, Wissenschaftler –, um zu verstehen, wie sie das Ergebnis der Interaktion zwischen der Sowjetunion und Westeuropa im letzten Gefecht des Kalten Krieges beeinflußten. Auf dem Terrain der westdeutschen politischen Kultur ist nämlich die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen diesen Staaten entschieden worden.

Als sich nach 1945 die Demokratie in Westdeutschland herausbildete, gehörte zu den Schlüsselelementen des Prozesses die Existenz einer demokratischen Rechten und einer demokratischen Linken, vereint in einem „antitotalitären Konsens" und einig über die „militante Demokratie". Die beiden führenden Gestalten dieser neuen politischen Richtung waren Konrad Adenauer und Kurt Schumacher[9]. Im Kontext deutscher Geschichte war Adenauer ein Neuerer. Er stand an der Spitze des ersten westlich orientierten Konservativismus der deutschen Geschichte, der ersten politischen Strömung rechts von der Mitte, die sich nicht gänzlich oder partiell durch Opposition gegen den Westen definierte. Es war die spezifische Verantwortung dieses neuen westdeutschen Konservativismus, als Bollwerk – ganz anders als die deutschen Konservativen in der Endkrise der Weimarer Republik – gegen die antidemokratische Rechte zu dienen, d. h. gegen Nationalsozialisten und Neonazis. Schumacher, der Führer der demokratischen Linken, war ein deutscher Traditionalist, der sich als Erbe einer ungebrochenen, intakten Tradition eines deutschen demokratischen Sozialismus sah. So lehnte er – weil in seinen Augen die Deutschen keine weitere Verwestlichung nötig hatten – eine westliche Allianz ebenso ab wie eine Allianz oder eine Volksfront mit den Kommunisten. Doch zu seiner Auffassung von streitbarer Demokratie gehörte auch ein militanter Antikommunismus, da nach seiner Meinung die Kommunisten europäische und westliche Werte preisgegeben hatten, als sie sich für die leninistische Diktatur entschieden[10]. In seiner Ablehnung kommunistischer Versuche, eine „Sozialistische Einheitspartei" zu schaffen, ging Schu-

[9] Zur „streitbaren Demokratie" Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik, Stuttgart 1975; ferner Herf, War By other Means, Kap. 2. Zur intellektuellen Geschichte der Nachkriegsjahre besonders wichtig Jerry Z. Muller, The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism, Princeton 1987, ferner Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980.

[10] Wie Schumacher sagte: „Wir sind ja nicht umsonst der Weltfeind Nr. 1 für den Sowjetkommunismus. Darüber hinaus möchte ich sagen: den Sowjets ist eine extrem kapitalistische und reaktionäre Staatsführung in allen Ländern lieber als die Staats- und Wirtschaftsführung des demokratischen Sozialismus, denn der demokratische Sozialismus ist der einzige Faktor, der den Sowjets das Vertrauen der arbeitenden Massen ganz nehmen kann." Kurt Schumacher, Wie kann die Ostzone befreit werden?, in: Kurt Schumacher, Turmwächter der Demokratie. Reden und Schriften, hrsg. von Arno Schulz und Walther Oschilewski, Berlin 1953, S. 521.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macher so weit, daß er sagte: „Wir sind heute, 1947, in derselben Situation wie 1933. Wir sind vor die Frage gestellt, ob wir uns einem brutalen Herrschaftsanspruch beugen oder ihm von Anfang an widersprechen wollen."[11] Obwohl also seine Vorstellungen in der Außenpolitik so traditionell deutsch und europazentrisch waren wie die Adenauers westlich und atlantisch orientiert, bildete doch sein Antikommunismus eine Schutzwehr gegen sowjetische Anstrengungen in den frühen Jahren des Kalten Krieges, eine Einheitsfront gegen die westliche Politik zu schaffen. Ohnedem wäre Gegnerschaft gegen die sowjetische Politik auf Parteien rechts von der Mitte beschränkt und damit erheblich schwächer gewesen[12].

Von Schumacher zu Brandt: Erosion der Abgrenzung

In den sechziger und frühen siebziger Jahren war im Hinblick auf die „militante Demokratie" der politischen Gründerjahre das zentrale Problem der von Willy Brandt und Egon Bahrs „neuer Ostpolitik" repräsentierten politischen Kultur die Frage, ob an der von Schumacher begründeten Tradition vehementer und öffentlich klar ausgesprochener Ablehnung sowjetischer und kommunistischer Politik festgehalten werde oder nicht. Tatsächlich bestand, was die Entwicklung der politischen Kultur in Westdeutschland angeht, die wichtigste Wirkung der Haltung Brandts und Bahrs in der Erosion der Abgrenzung nach links, wie sie zu der von Schumacher und seinen Erben – darunter auch Brandt als Bürgermeister von Berlin – geschaffenen „militanten Demokratie" gehörte.

Im Interesse einer „Friedenspolitik" haben Brandt und Bahr, zumindest was die Stoßrichtung ihrer öffentlichen Äußerungen angeht, in den siebziger Jahren darauf verzichtet, das Anwachsen der militärischen Stärke der Sowjetunion kritisch zu kommentieren. Stattdessen hat vor allem Bahr die „jetzt obsolete Ideologie des Kalten Krieges" angeprangert. Für die westdeutschen Sozialdemokraten hat Egon Bahrs Denken und Handeln, wie Günter Grass 1973 sagte, das Bild der Sowjetunion gewandelt. Im Zeichen der Entspannungsperiode wurde aus dem totalitären Feind der „Sicherheitspartner" Westdeutschlands[13]. 1980 konstatierte Brandt, das große positive Ergebnis der Entspannungspolitik habe in der Unterordnung ideologischer Differenzen unter die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten bestanden; es sei erreicht worden,

---

[11] Schumacher fuhr fort: „Heute sind aus der falschen und schwachen Haltung sehr vieler Deutscher im Jahre 1933 Deutsche in der Verlegenheit, sich entnazifizieren lassen zu müssen. Wir möchten im Prozeß der Weltgeschichte das deutsche Volk nicht in die Verlegenheit bringen, sich einmal in naher oder ferner Zukunft enttotalisieren lassen zu müssen" (Turmwächter der Demokratie, S. 434).

[12] Michael Howard betont die wichtige Rolle der demokratischen Linken im Kalten Krieg; vgl. The Forgotten Dimensions of Strategy, in: ders., The Causes of Wars, Cambridge 1983.

[13] Zit. nach „Egon Bahr bekam Friedenspreis", in: Bonner Rundschau, 24.1.1973. Vgl. auch Günter Grass, der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare, Darmstadt-Neuwied 1974; ders., Denkzettel. Politische Reden und Aufsätze, Darmstadt-Neuwied 1978.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die nach wie vor bestehenden ideologischen Gegensätze in einer Art Dornröschenschlaf zu neutralisieren, und zwar ohne Schaden für die eine oder die andere Seite[14].

Brandt war sich bewußt, daß die politische Kultur der Entspannung mit der Schumacherschen Tradition der „militanten Demokratie" und des linken Antikommunismus zusammenstoßen konnte und daß daher die sozialdemokratische Generation, die in den siebziger Jahren ins politische Leben trat, für Appelle zur Bildung von Koalitionen mit westdeutschen kommunistischen Gruppen empfänglich sein mochte. Der „Anti-Antikommunismus" der neuen Linken und die Kritik an der Totalitarismustheorie, die für die „Faschismus-Diskussion" der sechziger Jahre charakteristisch war, vertieften solche Sorgen. Deshalb gab der SPD-Parteirat 1971 ein Positionspapier zum rechten Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Westdeutschland heraus, das als „Abgrenzungsbeschluß" bekannt wurde. Die Schlüsselstelle dieses Beschlusses lautete: „Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden trennen. ... Unsere Sicherheit beruht auf dem Gleichgewicht, Verträge mit unseren östlichen Nachbarn werden unsere Sicherheit erhöhen, nicht aber das Gleichgewicht überflüssig machen ... Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt ... in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung."[15]

Doch in seinen Reden im Bundestag und auf Parteikongressen, in seinen Artikeln und Interviews zog es Brandt vor, die Grenzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus nicht allzu sehr zu betonen. Stattdessen sprach er über gemeinsame Interessen, über die Sowjetunion als Partner und über die Gefahren eines Wettrüstens der beiden Supermächte. Anstatt eine klare Unterscheidung zwischen liberalen Demokratien und kommunistischen Diktaturen zu treffen, eine Unterscheidung, die nun abschätzig als Ideologie des Kalten Krieges charakterisiert wurde, redeten Brandt und Bahr über „gemeinsame Interessen" und die „gemeinsame Sicherheit". Sie eliminierten den Antikommunismus aus der öffentlich vertretenen Begriffswelt sozialdemokratischer Außenpolitik. Nachdem Brandt Machtpolitik als Teil einer Erbschaft bezeichnet hatte, die mit seiner „Friedenspolitik" unvereinbar sei, machte es der politische Geist der Entspannungsperiode auch schwierig, über das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West zu sprechen, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, die Entspannung und damit den Frieden zu untergraben.

---

[14] Willy Brandt, Nachwort. SPD-Parteibeschluß 1980, zit. von Gesine Schwan, Die SPD und die westliche Freiheit, in: Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984, S. 46f.

[15] Sozialdemokratie und Kommunismus, hrsg. vom SPD-Parteirat, 26. 2. 1971, zit. von Horst Nieggemeier, Wie stellt sich die SPD ihre Abgrenzung gegenüber Kommunisten vor?, in: Maruhn/Wilke, Wohin treibt die SPD, S. 93.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Jusos" und die Volksfront an den Universitäten

Eine besonders interessante, jedoch kaum genutzte Quelle für die Erforschung der Erosion der sozialdemokratischen Abgrenzung nach links, die sich in der Entspannungsdekade vollzog, stellen die Resultate der Wahlen zu den Studentenvertretungen an den westdeutschen Universitäten dar. Diese Wahlergebnisse haben den entscheidenden Vorzug, daß sie Aussagen über reale politische Ereignisse sind und nicht die Kreation der Sozialwissenschaft. Politische Wissenschaftler haben jene Periode als Ära einer „stillen Revolution" bezeichnet, die von „Post-Materialisten" gemacht worden sei[16]. Aber an der Entstehung hunderter linksgerichteter Koalitionen in den AStAs der Universitäten war nichts sonderlich Stilles oder Antimaterialistisches. In den zahllosen AStA-Wahlen, die in den siebziger Jahren stattfanden, sahen sich Studenten der gemäßigten Linken, vor allem die Mitglieder der Jungsozialisten (Jusos), des Jugendverbands der SPD, vor eine Entscheidung gestellt. Sollten sie eine Koalition mit der radikalen Linken, einer Linken, die marxistisch-leninistisch sein mochte, und mit kommunistischen Gruppen eingehen oder sollten sie mit dem „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS), dem Jugendverband der CDU, eine „Koalition der Demokraten" bilden?

Wieder und wieder entschieden sich die Jusos für eine Einheitsfront der Linken gegen „die Rechte". Die Ergebnisse der Wahlen – alle zwei Jahre – und der Charakter der politischen Koalitionen, zu denen sie führten, sind von der „Westdeutschen Rektorenkonferenz" festgehalten worden[17]. Aus den gesammelten Daten ergibt sich das Muster der studentischen Koalitionsbildung, und sie ermöglichen einen guten Überblick über das Koalitionsverhalten der in der Studentenpolitik jener Jahre dominanten Gruppe, eben der Jusos. Zu den häufigsten Partnern der Jusos gehörten der „Marxistische Studentenbund" oder „MSB Spartakus", der „Sozialistische Hochschulbund" (SHB) und – weniger häufig – eine Anzahl kleinerer, doch gut organisierter kommunistischer, stalinistischer und maoistischer Sekten, die ihre Aktivitäten auf die Studentenpolitik konzentrierten, ferner etliche postmarxistische und ökologische Gruppen, von denen viele zu den Vorläufern der Grünen zu rechnen sind. MSB Spartakus, SHB und Jusos stellten links von der Mitte die größeren studentischen Organisationen mit gesamtstaatlicher Ausdehnung dar[18]. Die Ergebnisse der AStA-Wahlen sind ein exzellenter Indikator der

---

[16] Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values und Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

[17] Die Angaben stammen aus den alle zwei Jahre erscheinenden Berichten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Mitteilungen. Dokumentation, Übersicht: Über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen, Bonn 1968–1983. Die Daten enthalten keine genauen Zahlen zu den prozentualen Stimmanteilen. Auch muß gesagt werden, daß lokale Studentengruppen oft kurzlebig waren und politisch nicht leicht einzuordnen sind.

[18] Nach den Berichten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gab es in den siebziger Jahren vierzig bis fünzig politische Gruppen, die sich aktiv an westdeutschen AStA-Wahlen beteiligten. Zehn davon bezeichneten sich selbst als kommunistisch (Kommunistischer Bund, Kommunistischer Studentenverband usw.), zwei waren marxistisch oder marxistisch-leninistisch (Marxistischer Studentenbund

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auflösung des sozialdemokratischen Antikommunismus wie der „militanten Demokratie" und ihrer Ersetzung durch eine Volksfront-Mentalität. Die Jusos wandten sich von den Richtlinien des Abgrenzungsbeschlusses ab. Die Erosion, die sich in der öffentlichen Rhetorik Brandts und Bahrs zeigte, manifestierte sich ebenso in den politischen Aktivitäten der jungen Linken an den Universitäten[19]. So diskreditiert war der Antikommunismus, daß sogar die Jugendgruppe der FDP gelegentlich Koalitionen mit MSB Spartakus einging[20]. Der einsame RCDS war zwar fähig, 35 bis 45 Prozent der Stimmen zu gewinnen, fand aber nur selten Partner zu seiner Linken, die bereit waren, ihn in eine „große Koalition" der Mitte aufzunehmen.

Tabelle 1 bietet die Resultate jener AStA-Wahlen, die an westdeutschen Universitäten von 1969 bis 1984 im jeweiligen Wintersemester stattfanden. Sie zeigt die politische Tendenz der Studentenvertretungen an 27 der größten und prominentesten westdeutschen Universitäten und Technischen Universitäten[21]. Die Studentenvertretungen werden bestimmt als „konservativ", „Mitte rechts", „liberal", „sozialdemokratisch", „linke Koalition" und „weit links". „Konservativ" bezeichnet Studentenvertretungen mit einer absoluten Mehrheit von Mitgliedern des RCDS, „Mitte rechts" solche mit einer Mehrheit junger Konservativer, die mit Angehörigen des Jugendverbands der FDP oder anderen liberalen Gruppen koalierten. „Liberale" AStAs bestanden ausschließlich aus Mitgliedern der letztgenannten Vereinigungen. Als „sozialdemokratisch" werden AStAs eingestuft, in denen die Jusos die Mehrheit hatten und nicht auf Koalitionen angewiesen waren, „linke Koalition" steht für AStAs, in denen Jusos saßen, dazu Gruppen der neuen Linken, grüne und „Basis"-Gruppen, linke Sozialisten, Gruppen in Verbindung mit der DKP, der Sozialistische Hochschulbund und der MSB Spartakus oder sonstige kommunistische und marxistisch-leninistische Sekten. „Weit links" bezeichnet AStAs, die von einer Mehrheit kommunistischer und marxistisch-leninistischer Gruppen beherrscht waren.

Spartakus), fünf nannten sich studentische Gewerkschaften, acht charakterisierten sich als sozialistisch (Sozialistisches Büro, Juso-Hochschulgruppen), drei verstanden sich als „Basis"-Gruppen, d.h. als „anti-autoritär" oder anarchistisch, drei waren liberal (so der Liberale Hochschulverband) und drei konservativ (Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Junge Union-Hochschulgruppen).

19 Eine Geschichte der studentischen Politik in jener Periode bietet Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance – Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983.

20 Ein liberaler Studentenführer sagte 1979 in einer Botschaft an den MSB Spartakus: „Denn nach wie vor gilt: der gemeinsame Feind steht rechts! Ihn zu bekämpfen ist unsere Aufgabe! Unsere gemeinsame Aufgabe!... Euer Optimismus ist unser Optimismus – gemeinsam werden wir es schaffen." Zit. nach Langguth, Protestbewegung, S. 194.

21 Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen (Wintersemester, von 1968/69 bis 1983/84), hrsg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz – Dokumentationsabteilung, Bibliothek und Pressestelle, Bad Godesberg. Die Zahl der angeführten Universitäten variiert etwas von Jahr zu Jahr, weil einige Hochschulen manchmal keine Berichte lieferten, weil gelegentlich keine Wahlen stattfanden oder weil Hochschulverwaltungen ihre Studentenvertretung auf Grund studentischer Unruhen aufgelöst hatten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1: Der politische Charakter der AStAs an den 27 größten westdeutschen Universitäten und Technischen Universitäten 1969–1984 (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Konservativ	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Mitte rechts	3	1	0	0	3	4	7	3	4	3	5	1	2	3	2	0
Liberal/Mitte	2	1	0	0	0	0	0	3	0	1	2	3	0	1	0	0
Mitte links (sozialdemokratisch)	6	2	4	3	4	5	5	9	10	8	8	9	8	8	4	6
Linke Koalition	14	19	19	20	14	15	13	11	12	14	11	15	18	16	22	21
Weit links	2	3	2	1	4	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen, hrsg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bonn 1968–1984. Die Universitäten sind: Berlin (Freie Universität), Bochum, Bonn, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/Main, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Münster, Saarbrücken, Tübingen und Würzburg, dazu die Technischen Universitäten Aachen, Berlin, Braunschweig, Hannover, Karlsruhe, München, Stuttgart. Auf Anordnung der Stadt Berlin wurden dort die Studentenvertretungen aufgelöst, und von 1970 bis 1979 fanden weder an der Freien Universität noch an der Technischen Universität AStA-Wahlen statt. An der TU Braunschweig fielen die Wahlen von 1971 bis 1973 aus. Jede der aufgeführten Universitäten zählte im Sommer 1969 mindestens 4000 Studenten (dieses Kriterium schloß politisch und intellektuell wichtige und expandierende Neugründungen wie Bielefeld, Bremen und Konstanz aus. Von 1968 bis 1984 wuchsen diese Universitäten rasch: Bielefeld von 933 Studenten im Sommer 1968 auf 7112 im Jahre 1984, Bremen von 430 auf 4686, Konstanz von 696 auf 3160. Solche expandierenden neuen Universitäten mußten das aktuelle politische Klima stärker spüren, da institutionelle Traditionen fehlten). Im übrigen waren mit den angeführten Universitäten alle westdeutschen Bundesländer – ausgenommen Bremen – vertreten. An diesen Universitäten studierten 1968 98 Prozent aller westdeutschen Studenten. Auf Grund der Schaffung neuer Universitäten und der Expansion anderer schon bestehender ging dieser Prozentsatz bis 1984 auf 88 Prozent zurück.

Die numerische Dominanz der Linken fällt sofort ins Auge. Es gab sechsmal mehr Koalitionen links von der Mitte als rechts von der Mitte. Die häufigste Form der Studentenvertretung war von 1969 bis 1984 eine „linke Koalition" in dem genannten Sinne (254 AStAs), gefolgt von „sozialdemokratisch" (99), „weit links" (14), „Mitte rechts" (41), „liberal" (13) und „konservativ" (3). Nur in zwei Fällen, einmal in Bonn (1973) und einmal in Erlangen (1974), gab es Koalitionen „militanter Demokraten" aus Jusos und RCDS[22]. In allen übrigen Fällen gingen die Jusos Koalitionen mit Liberalen ein, amtierten allein oder koalierten mit kleinen Gruppen zu ihrer Linken, darunter auch marxi-

[22] Die Tabellen 2 bis 4 zeigen die Resultate der Wahlen an den Universitäten Bonn, Frankfurt und Hamburg. Das politische Klima an diesen Hochschulen wies Unterschiede auf. Bonn war eine der wenigen größeren Universitäten mit AStAs der Mitte oder der rechten Mitte. Die ausgeprägten politischen Traditionen, Bonns Liberalismus, Frankfurts „anti-autoritäre" Linke und Hamburgs Marxismus und Kommunismus, werden in den Resultaten sichtbar. Vergleichende Untersuchungen der politischen Entwicklung an unterschiedlichen westdeutschen Universitäten würden ein reicheres und differenzierteres Bild der Institutionen und der politischen Kultur liefern, als es jetzt mit Begriffen wie „generationelle Politik" oder „Materialismus" versus „Post-Materialismus" möglich ist. Vergleichende Lokalgeschichten studentischer Politik an westdeutschen Universitäten in der Periode des „langen Marschs durch die Institutionen" könnte eine interessante Synthese sozialer, intellektueller und institutioneller Geschichte ergeben.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stisch-leninistische und kommunistische Gruppen[23]. Die Erosion des Antikommunismus, die bei Brandt und Bahr an der Spitze der Partei ebenso zu beobachten war wie in der Arbeit sympathisierender Intellektueller und Journalisten, zeigte sich also auch in den politischen Aktivitäten der SPD-Jugendorganisation.

Tabelle 2: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Bonn 1969–1984 (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	54	56	58	54	50	53	–	54	–	–	52	46	44	40	44	–
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	3															
Basisgr.					3	3		1		1						
ML/Rote Zellen		2	2	4												
Komm. Gruppen					1	1		1	1	2	2					
MSB Spartakus	1	8*	9*	10*	6*	8*	5	6	4	3	4	3	4*	2	2	2*
SHB	6	8*	12*	14*	14*	13*	12	15	9	9	5	8	9*	6	6	4*
GEW-HSG							13*									
Juso-HSG									10	10	10	8	6	5	8	9*
Soz. Fraktion																
Ev. Stud. Gemeinden (ESG)																
Humanist. Studentenunion																
Kath. Stud.																
Lib. Hochschulverb.	2		1					4	3	3	3	12*	4*	1		
Neuliberale Gr.			5	17	14	9	14*	9*	10*	14*	12*		10	7*	9*	9
Sozial-Lib. Hochschulbund	9*	4	5	–	2	2	3*	6*	6*	6*	3*	3*	3	4	2	1
RCDS	9*	9	8	8	10		16*	16*	16*	14*	13*	10*	12*	16*	14*	14
Verbindungen																
Unabh. Linke														7	8	
Unabh. Liberale	23*	22*	18	7	6		4	1								
Altern./Grüne												4	3*	3	3	3*
Unabh. Rechte												2				
Örtl. Gr.	8*							1		1					2*	7
Sitze insges.	61	53	60	60	56	36	67	60	59	63	52	50	51	51	54	49

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende politische Gruppe im AStA vertreten war.

[23] Eine Bestätigung des Musters linker Volksfront-AStAs, die von Jusos geführt wurden, bieten zwei politisch unterschiedlich orientierte Untersuchungen der westdeutschen Universitätsstudenten: Studenten. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung an Universitäten, Technischen Universitäten und Technischen Hochschulen im Wintersemester 1977/78, Computerband I und II, Institut für Demoskopie Allensbach 1978, dazu Elisabeth Noelle-Neumann, Wie demokratisch sind unsere Studenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.1978; Christian Krause/Detlev Lehnert/Klaus-Jürgen Scherer, Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten, Bonn 1980.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 3: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Frankfurt (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	40	34	48	37	41	30	24	30	32	32	–	43	33	–	28	26
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	5*	5														
Undogmatische Linke + Basisgruppen										11*	11*	10*	7*	8*	10*	8*
ML/Rote Zellen				6*	2*	2	2	1								
Komm. Gruppen																1
MSB Spartakus			2	1	1	1	2	2	1		1	1	1	1	1	
SHB	3*	5*	11		5	7*										
GEW-HSG										2	2					
Jusos-HSG						4*	4*	5*	3*	2	2	3	5*	3*	2	3
Soz. Fraktion				6*	6*	–	7*	7*	9*							
ESG																
HSU																
Kath. Stud.																
LHV	3*	1						2	2					1	1*	1
Neulib. Gr.								2	1					1		
SLH	10	9*	9*	7	6	1		2	2							
RCDS				2	2	4	3	4	2	2	4	5	5		5	
Unabh. Lib.		9	9						2							
Altern./Grüne																
Unabh. Rechte															3	
Örtl. Gr.	1									3	3	2	3	4	4	
Sitze	22	29	29	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende Gruppe im AStA vertreten war. + In Frankfurt stellte die „undogmatische Linke" eine Gruppierung dar, die aus der Sozialistischen Hochschul-Initiative (SHI), dem Sozialistischen Büro (SB) und Spontis bestand, die in der Nachfolge des neuen linken kulturell-politischen Radikalismus Spielarten „anti-autoritärer" Haltung vertraten, abgesetzt vom orthodoxen Marxismus-Leninismus und von der Sozialdemokratie. In den späten siebziger Jahren entwickelte sich in Frankfurt die „undogmatische Linke" zu den Grünen.

Tabelle 4: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Hamburg (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	46	41	39	38	38	52	34	–	–	34	33	25	23	–	25	17
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	2	3*	2													
Basisgruppen			34*													
ML/Rote Zellen																
Komm. Gruppen				15	4						7					
MSB Spartakus				30*	28*	24*	21*	16*	14*	18*	18*	19*	21*	21*	22*	25*
SHB	18*	13*	13*	23*	37*	40*	36*	32*	22*	17*	9*	16*	18*	17*	15*	15*
GEW-HSG																
Jusos-HSG								12*	29*	32*	26*	28*	25*	26*	24*	24*
Soz. Fraktion																
ESG	9*	13*	16*													
HSU																
Kath. Stud.																
LHV	2	1						10	13		10	8	5	4	2	
Neulib. Gr.					11	23										
SLH		9	3							7			1		1	
RCDS	13	9	3					2		2	8	7	11	12	10	9
Verbindungen																
Unabh. Linke				12*				7	1			7	1		20	2
Unabh. Lib.	29	31	6		3	1										
Altern./Grüne												4	3*	3	3	3*
Unabh. Rechte												2				2
Örtl. Gr.	6				8	4		1	1	1						
Sitze insges.	79	80	78	80	80	80	80	80	80	80	78	85	94	94	94	94

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende Gruppe im AStA vertreten war.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Tendenzwende" in Machtpolitik und politischer Kultur

Die politische Kultur der Entspannungsperiode beherrschte die deutschen wie die internationalen Vorstellungen von der Bundesrepublik[24]. Neutralismus, Selbst-Finnlandisierung, Pazifismus, die Doktrin von der moralischen Gleichwertigkeit von Demokratie und Diktatur, eine neue Verbindung des Nationalismus mit linken Tendenzen, Post-Materialismus – dies wurden die gängigen Themen der Literatur über die Krise der Demokratie. Weniger bemerkte man die „Tendenzwende". Unter „Tendenzwende" ist zweierlei zu verstehen: einmal eine Wende der Politik und eine Wandlung der politischen Kultur, die von der Dominanz der Linken in den sechziger und siebziger Jahren weg- und zu einer modifizierten Version der von Adenauer und Schumacher artikulierten „militanten Demokratie" zurückführten; zum anderen, 1977, die Entschlossenheit Bundeskanzler Helmut Schmidts, in Europa ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte zu bewahren und die Bewegungsrichtung der internationalen Politik umzukehren. Es bedurfte der Fusion der „Tendenzwende" in der politischen Kultur mit einer Wende in der Politik, um das, was Helmut Schmidt begonnen hatte, zu vollenden.

Das Problem des Gleichgewichts atomar bestückter Mittelstreckenraketen nahm seinen Anfang mit der ersten Aufstellung sowjetischer SS-20 in den Jahren 1975 und 1976. Der Beginn der politischen Reaktion des Westens und mithin der Beginn der Auseinandersetzung um jene Waffen kann auf den Oktober 1977 datiert werden, als Bundeskanzler Schmidt eine Rede im Londoner International Institute for Strategic Studies hielt[25]. Der Gang der Dinge ist klar. Entgegen späteren Behauptungen, die Vereinigten Staaten hätten der westdeutschen Regierung den NATO-Doppelbeschluß von 1979 aufgezwungen, war es der sozialdemokratische Bundeskanzler, der die westliche Allianz und einen zunächst zögerlichen Präsidenten Jimmy Carter antrieb, sich des Problems der Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa anzunehmen[26].

Im Laufe des Jahres 1977 suchte Schmidt die sowjetischen Führer zum Abbau ihres wachsenden Arsenals an SS-20 zu bewegen. Im Frühjahr und Sommer 1977 unternahm er auch energische – aber erfolglose – Anstrengungen, um Präsident Jimmy Carter und dessen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski davon zu überzeugen, daß sie sich mit dem Problem der sowjetischen Mittelstreckenraketen beschäftigen müßten. Schmidt machte sich Sorgen, die Carter-Administration könne, weil zu sehr auf den Abschluß eines SALT II-Abkommens mit der Sowjetunion erpicht, die Frage des Gleichgewichts der Kräfte in

---

[24] Z.B. Arnulf Baring, Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West, Stuttgart 1989; Walter Laqueur, A Continent Astray; Jean-Francois Revel, How Democracies Perish.

[25] Zum Urteil des Verfassers über Helmut Schmidts Rolle in der Nachrüstungskrise Jeffrey Herf, War By Other Means, Kap. 4: Helmut Schmidt. The Bulwark, the Balance, and the Two-Track Decision. Vgl. auch Helga Haftendorn, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: VfZ 33 (1985), S. 244–287.

[26] Wolfram Hanrieder (Hrsg.), Helmut Schmidt. Perspectives on Politics, Boulder 1982; Helmut Schmidt, Freiheit verantworten, Düsseldorf 1983; ders., Menschen und Mächte, Berlin 1987; ferner Jonathan Carr, Helmut Schmidt, Düsseldorf 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa vernachlässigen. Im Frühherbst 1977 entschloß sich Schmidt, nachdem er sich erfolglos bemüht hatte, die Sowjetunion zu einem Stop ihres Mittelstreckenprogramms zu bewegen oder Carter von der Gefährlichkeit dieses Programms zu überzeugen, seine Sorgen vor einem Zuhörerkreis darzulegen, der „verstand, wovon ich redete", nämlich vor den im IISS versammelten Beamten und Verteidigungsexperten.

1985 hat der nun ehemalige Kanzler Schmidt in New York dem Verfasser erklärt, welche Gründe ihn bewogen hatten, das Problem der Mittelstreckenraketen öffentlich aufzuwerfen: „Ich hatte genug von Brzezinski und Carter, die mir gesagt hatten, die russischen SS-20 hätten überhaupt keine Bedeutung ..., sie begriffen nicht, daß die SS-20 eine politische Bedrohung darstellten, politische Erpressung gegen Deutschland vor allem und danach gegen andere in Europa ... Im Lauf von 1977 redete Carter viel Unsinn über drastische Reduzierungen ... Ich habe ihm gesagt ‹eine solche Methode› werde scheitern. Moskau werde dies nicht akzeptieren ... Sie ‹die Sowjets› seien in Wladiwostock auf eine bestimmte Bahn gesetzt worden und würden, bei ihrer Unbeweglichkeit, auf ihrer Bahn bleiben. Ich habe den Zusammenbruch dieser Methode der drastischen Reduzierungen vorhergesagt ... Stattdessen ‹so habe ich zu Carter gesagt› sollten sie in den unvollständigen Rahmen von Wladiwostock zwei neue Mittelstreckenwaffen in der Sowjetunion hineinnehmen – nämlich den ‚Backfire'-Bomber und die SS-20. Ich hatte mich in Übereinstimmung mit Gerald Ford befunden, daß sie, nach der Wiederwahl von Gerry, vor dem Abschluß der Wladiwostock-Sache eingeschlossen würden. Carter und Brzezinski lehnten diese Idee ab. Das gehe mich nichts an, war Mr. Brzezinskis Formulierung ... Die Londoner Rede war eine Reaktion gegen die zweimalige Zurückweisung durch das Weiße Haus im Lauf des Jahres 1977, indem ich ihnen öffentlich vor einem Zuhörerkreis, der verstand, wovon ich redete, sagte, daß es keine gute Methode sei, diese Raketen und Waffen, die auf Europa und nicht auf Amerika gerichtet waren, als eine vernachlässigenswerte Quantität oder Qualität aus dem Spiel zu lassen. Die Londoner Rede besagte, daß Gleichgewicht auf allen Ebenen herrschen müsse."[27]

„Gleichgewicht", „Koppelung", „Grauzone" lauteten die Begriffe, in die Schmidt seine Argumente faßte. Er sprach also als Geopolitiker und Stratege. An einer solchen Argumentation war nichts „Technokratisches", denn die Frage des Machtgleichgewichts zwischen Staaten ist eine politische und nicht etwa eine technische Frage. Zwischen 1977 und 1979 brachte es der Staatsmann und Stratege Helmut Schmidt fertig, seine westlichen Verbündeten zu der Ansicht zu bekehren, daß die NATO beides tun müsse, Verhandlungen mit der Sowjetunion über die taktischen Nuklearwaffen einleiten und gleichzeitig die Stationierung amerikanischer taktischer Nuklearwaffen vorbereiten, falls sich das für die Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts als notwendig erweisen sollte. Mit Recht gilt er als der Urheber des NATO-Doppelbeschlusses. Bundeskanzler Schmidt konzentrierte seine Bemühungen auf Staatskunst und Bündnispolitik. Auf dem Felde der internationalen Machtpolitik brachte er eine „Tendenzwende" von größter historischer Bedeutung zuwege.

---

[27] Helmut Schmidt, Interview mit dem Verf., New York, 30. 9. 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schmidt hat jedoch nicht versucht – und er wäre bei einem Versuch wohl auch nicht fähig dazu gewesen –, eine „Tendenzwende" in den politischen Vorstellungen seiner eigenen Partei zu bewirken. Wie es Wilhelm Hennis formuliert hat, war in Westdeutschland nach 1974 eine Kluft zwischen „Mandat" und „Herrschaft" entstanden, d. h. zwischen Schmidts Regierung und Brandts Partei[28]. Wohl waren die Sozialdemokraten in Bonn Regierungspartei, aber die Parteiorganisation teilte nicht mehr ganz Schmidts Auffassungen in Fragen der Wirtschafts- oder Außenpolitik. Die SPD blieb um einiges links von Schmidt, vor allem in außenpolitischen Angelegenheiten. Schmidts Entschlossenheit, in der internationalen Politik das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen, wurde weder begleitet noch verstärkt durch eine „Tendenzwende" in der politischen Kultur seiner eigenen politischen Basis. Tatsächlich war die Herbeiführung der globalen Tendenzwende – ausgenommen Frankreich, wo die Linke die Skepsis gegenüber sowjetischer Macht wiederentdeckt hatte – eine Sache von Parteien, die rechts von der Mitte standen und die, in Hennis' Begriffen, Mandat und Herrschaft, politische Kultur und politische Entscheidungen zu verbinden vermochten[29]. Wie kam es also in der westdeutschen Tendenzwende zur Wiedervereinigung von Mandat und Herrschaft, von politischer Kultur und politischer Macht?

Die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler hatte 1969 die Erfüllung der Hoffnungen einiger der prominentesten Intellektuellen Westdeutschlands dargestellt[30].Und sie brachte einen Politiker an die Macht, der gewillt war, sich auf die Einsichten der Intellektuellen unter seinen Anhängern zu stützen[31]. Während Brandt und seine intellektu-

---

28 Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Stuttgart 1979.

29 Dieser Stand der Dinge war nicht auf Helmut Schmidt oder auf die Bundesrepublik beschränkt. Von den vier westlichen Regierungschefs, die Anfang 1979 in Guadeloupe den NATO-Doppelbeschluß billigten, also von James Callaghan, Valery Giscard d'Estaing, Jimmy Carter und Schmidt, war keiner mehr im Amt, als der Beschluß 1983 durchgeführt wurde. Drei waren von Politikern der Mitte oder der rechten Mitte abgelöst worden, von Margaret Thatcher, Ronald Reagan und Helmut Kohl, die nun die Entscheidungen ihrer links von der Mitte stehenden Vorgänger verwirklichten. Die Erosion der politischen Kultur des links von der Mitte angesiedelten Antikommunismus war keine Besonderheit der westdeutschen gemäßigten Linken. Zur Frage, warum es Parteien der rechten Mitte bedurfte, um eine Politik zu exekutieren, die in links von der Mitte stehenden Parteien entstanden war, Samuel P. Huntington, American Politics. The Promise of Disharmony, Cambridge 1981.

30 Zu Brandt und seinem Kreis Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984. Zu Brandts engsten Beratern gehörten zwei Journalisten, Egon Bahr und Günter Gaus. Auch Günter Grass war ein beredter Anwalt Brandtscher Politik: Über das Selbstverständliche. Politische Schriften, München 1969, vor allem „Loblied auf Willy", S. 21–31; ders., Der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare, Berlin-Neuwied 1974; ders., Denkzettel. Politische Reden und Aufsätze, Berlin-Neuwied 1978; ders., Widerstand lernen. Politische Gegenreden 1980–1983, Berlin-Neuwied 1984.

31 Willy Brandt, Braucht die Politik den Schriftsteller?, in: Dieter Lattmann (Hrsg.), Einigkeit oder Einzelgänger. Dokumentation des Ersten Schriftstellerkongresses des Verbands Deutscher Schriftsteller (VS), München 1971, S. 9–18. Auf dem gleichen Kongreß hat Heinrich Böll „das Ende der Bescheidenheit" proklamiert, die Ausbeutung der Schriftsteller in der kapitalistischen Gesellschaft beklagt und erklärt: „Wir schulden diesem Staat gar nichts. Er schuldet uns eine ganze Menge" (Heinrich Böll, Das Ende der Bescheidenheit, in: Bernd Balzer (Hrsg.), Heinrich Böll. Werke. Essayistische Schriften

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ellen Helfer das Abtreten anti-intellektueller Politiker und „unpolitischer" Intellektueller begrüßten, warnten einige seiner politischen Kritiker vor dem Verlust des kritischen Geistes und der Unabhängigkeit, der mit der Annäherung von Intellektuellen an die Macht verbunden sei[32]. Helmut Kohl aber fragte sich, warum die Christlichen Demokraten, eine Partei der rechten Mitte, auf die liberale Demokratie und eine Soziale Marktwirtschaft eingeschworen, für viele westdeutsche Intellektuelle so wenig attraktiv war. 1973 ließen dann die politischen Niederlagen Kohl nicht nur danach fragen, was Brandt richtig mache, sondern auch nach den Fehlern und Mängeln der CDU selbst.

Kohl, der 1973 zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, fand, die Entfremdung der Intellektuellen von der CDU gehöre zu jenen wichtigen Problemen, mit denen sich die Partei dringend beschäftigen müsse, wenn sie von den Bänken der Opposition zu den gewohnten Plätzen der Regierungspartei zurückkehren wolle. Kohl argumentierte, die Intellektuellen seien für die Wiederbelebung der CDU sogar von besonderer Bedeutung, da es der Partei nicht mehr recht gelinge, ihre Grundüberzeugungen zu artikulieren; diese Artikulation sei eine Spezialität der Intellektuellen[33]. Sowohl für die Innen- wie für die Außenpolitik forderte er die erneute Betonung der „Wertordnung" und der „Wertprämissen" der westdeutschen Demokratie und der Atlantischen Allianz. Dieser eminent praktische Politiker begann 1973 seine Energien auf eine Veränderung der politischen Kultur Westdeutschlands zu konzentrieren. „... vor allem auch durch das Schwinden der Kraft einer einmal gemeinsam bejahten Wertordnung als bindende Grundlage", so sagte er, „ist der innere Zusammenhalt der Atlantischen Gemeinschaft bedroht. Der Abbau der militärischen Gefahr durch die Politik des kommunistischen Lagers hat das Ende des kalten Krieges gebracht. Er hat jedoch in nichts die Bedrohung beseitigt, diese Politik hat nur ihren Charakter verändert. Die ideologische Aggression ist neben die Gefahr einer militärischen getreten. Die Auseinandersetzung wird heute weniger mit Waffen als mit Worten, Begriffen und Ideologien geführt ... Neben die Gemeinschaft der Waffen muß erneut die Gemeinschaft der Werte und Begriffe treten. Entscheidend ist, daß die Idee der streitbaren Demokratie Inhalt der Atlantischen Gemeinschaft und der europäischen Einigungsbewegung bleibt, die ganz einfach ein Großteil dieses Bündnisses ist."[34]

---

und Reden, Bd. 8/2, 1964–1972, Köln 1978., S. 385. Bölls politische Essays, Reden und Interwiews von 1945 bis zu seinem Tode stellen einen bedeutenden Beitrag zur westdeutschen politischen Kultur dar. Hier geht es jedoch nur um jenen kleinen Teil seines Werks, der während der Auseinandersetzung über die Euroraketen entstand: Heinrich Böll, Vermintes Gelände. Essayistische Schriften 1977–1981, Köln 1982; ders., Ein- und Zusprüche. Schriften, Reden und Prozesse 1981–1983, Köln 1984; ders., Die Fähigkeit zu trauern. Schriften und Reden 1983–1985, Köln 1986.

32 Dazu Wolfgang Bergsdorf, Ohnmacht und Anmaßung, in: Die Politische Meinung, Bd. 23, Nr. 178 (Mai-Juni 1978), S. 53–66; ders., Intellektuelle und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15. 6. 1974; ders., Politik und Sprache, München 1978; ders. (Hrsg), Die Intellektuellen. Geist und Macht, Pfullingen 1982.

33 Rede von Dr. Helmut Kohl nach der Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU am 12. Juni 1973 in Bonn, in: Helmut Kohl, Zwischen Ideologie und Pragmatismus, Bonn 1973, S. 105–114.

34 Ebenda, S. 110f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brandts „Ostpolitik", so fuhr Kohl fort, habe zur Trennung der westdeutschen Außenpolitik von den Werten und Grundsätzen beigetragen, die Westdeutschlands Nachkriegsposition bestimmt hätten[35]. In seinem 1973 erschienenen Buch „Zwischen Ideologie und Pragmatismus" legte Kohl seinen Standpunkt ausführlicher dar[36]. Den Intellektuellen schrieb er darin eine wichtige Rolle in der Politik zu: „Intellektuelle vermitteln die Symbole, mit Hilfe derer sich einzelne, Gruppen oder die ganze Gesellschaft sozial orientieren und verstehen. Das gilt für Politiker natürlich auch. Beide befinden sich hier in einer partiellen Konkurrenz. Aber der Unterschied ist deutlich: Intellektuelle strukturieren das Bewußtsein und den Erwartungshorizont der Menschen. Auf die Dauer kann der Politiker nicht gegen, sondern nur innerhalb dieses ‚Rahmens', dieser politischen Atmosphäre Akzente setzen, Hoffnungen bündeln, Erwartungen wecken. Auf diese Weise erzielen Intellektuelle natürlich auch politische Wirkung, sie üben politischen Einfluß aus in der Gesellschaft."[37] Leider habe die CDU zur „Mehrheit der Intellektuellen" ein schlechtes Verhältnis, sagte er und stellte sich die Frage, welches „geistige Profil" die Partei bieten müsse, „um ein aktiver und interessanter Gesprächspartner für die Intellektuellen zu sein"[38].

Kohls Analyse der Entfremdung zwischen dem westdeutschen Konservativismus und den westdeutschen Intellektuellen lautete folgendermaßen: In den ersten Nachkriegsjahren habe seine Partei die Hoffnungen vieler Intellektueller auf eine moralische und politische Erneuerung nach dem nationalsozialistischen Totalitarismus verkörpert. Die Entfremdung zwischen der CDU und den Intellektuellen habe 1948 mit der Währungsreform und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft begonnen. Je mehr die CDU mit einem westdeutschen Kapitalismus identifiziert worden sei, desto geringere Anziehungskraft habe sie für eine Intelligentsia mit einer langen und kräftigen antikapitalistischen Tradition gehabt[39]. Die Beziehungen hätten sich noch verschlechtert, nachdem die CDU Regierungspartei geworden sei, während die Intellektuellen weiterhin ihre „moralisch begründete Kritik" hätten üben können[40]. Adenauers Entscheidungen, einer westlichen Allianz beizutreten, eine Armee aufzustellen und diese mit amerikanischen taktischen Nuklearwaffen auszurüsten, seien bei der intellektuellen Linken ebenfalls höchst unpopulär gewesen, die als mächtige Reaktion auf die NS-Diktatur einen ausgeprägten Pazifismus und Abscheu vor allem Militärischen entwickelt habe. Zudem habe die CDU die „geistigen" Grundlagen ihrer Politik nicht angemessen artikuliert, weshalb ihre „realen Utopien", nämlich soziale Marktwirtschaft, auf Recht und Gesetz gestützte liberale Demokratie, persönliche Freiheit und Überwindung des Nationalismus durch europäische Integration, kaum als solche erkannt worden seien[41]. Die CDU, so schrieb

[35] Ebenda, S. 111.
[36] Stuttgart 1973.
[37] Ebenda, S. 30f.
[38] Ebenda, S. 32.
[39] Ebenda, S. 33f.
[40] Ebenda, S. 34.
[41] Ebenda, S. 35.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kohl, habe zwanzig Jahre lang vom kulturellen Kapital ihrer Gründungsphase und ihrer Gründerfigur gezehrt. In den siebziger Jahren aber sei „dies ... nun nicht mehr länger möglich". „Eine theoretische Neubegründung" tue not, wenn die Partei ihre Regierungsfähigkeit zurückgewinnen wolle. Kohl sah das Verhältnis zwischen CDU und Intellektuellen als „eine Existenzfrage" der Partei. Es sei an der Zeit, sagte er, daß die Partei zugebe, in den fünfziger und sechziger Jahren geirrt zu haben, als „sie die Intellektuellen als ein undifferenziertes Ganzes behandelt" habe[42]. Die Christlichen Demokraten müßten nun ihre frühere Unterschätzung der „geistigen" Grundlagen der Politik aufgeben und einsehen, daß „die Intellektuellen" in Wirklichkeit eine weit mannigfaltigere Gruppe seien, als die Politiker der rechten Mitte bislang geglaubt hätten[43]. Kohl rief die Partei dazu auf, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um wieder – als Mittel und als Zweck einer christdemokratischen Rückkehr zur Macht – fähig zu werden, Herrschaft und Mandat, praktische Politik und moralische Ordnung zu verbinden.

Das Interesse von Oppositionspolitikern an Intellektuellen wäre von geringer Bedeutung, würde es nicht von einigen Angehörigen der akademischen und intellektuellen Gemeinde erwidert. Dazu kam es in der Tat. An den Universitäten fand die „Tendenzwende" ihren organisatorischen und intellektuellen Mittelpunkt im „Bund Freiheit der Wissenschaft". Diese Organisation definierte als ihren Zweck die Verteidigung der akademischen Freiheit und der Autonomie der Universitäten gegen das, was die Mitglieder des Bunds als Zangenangriff der radikalen studentischen Linken auf der einen und der Reformpolitik des Kabinetts Brandt auf der anderen Seite betrachteten[44]. Die kombinierte Wirkung bestehe in der Erosion der akademischen Autonomie, was die Freiheit der Wissenschaft durch bürokratische Intervention von oben und durch plebiszitäre Demokratie von unten bedrohe. Die politische Orientierung der Mitglieder reichte von linksliberal bis rechtsliberal[45]. Seine Führer, so etwa Thomas Nipperdey, der Historiker des modernen Deutschland, warnten, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren gegründeten neuen Universitäten drohten „Hochburgen radikaler ideologischer Indoktrination" zu werden[46]. Der zentrale Punkt im Denken der Führer des „Bunds

---

[42] Ebenda, S. 36.

[43] Ebenda.

[44] Thomas Nipperdey, Wem dienen unsere Universitäten?, in: Thomas Nipperdey (Hrsg.), Hochschulen zwischen Politik und Wahrheit, Zürich 1981, S. 12. Zu den Gründern gehörten: Richard Löwenthal (Berlin), Hermann Lübbe (Bielefeld/Zürich), Hans Maier (München), Thomas Nipperdey (München), Elisabeth Noelle-Neumann (Mainz und Allensbach), Ernst Nolte (Berlin), Walter Ruegg (Frankfurt/Main), Erwin Scheuch (Köln), Helmut Schelsky (Bielefeld), Friedrich Tenbruck (Tübingen), Ernst Topitsch (Graz). 1970 beginnend, gab der Bund die Zeitschrift „Hochschulpolitische Information" und dann „Freiheit der Wissenschaft" heraus.

[45] In seinen Organen „Hochschulpolitische Information" und „Freiheit der Wissenschaft" veröffentlichte der Bund Berichte über Störungen, Gewaltakte und Studentenwahlen an den Universitäten, dazu Aufsätze über das politische und intellektuelle Klima an den Hochschulen. Vgl. auch die Berichte über die akademische Szene Westdeutschlands, die Kurt Reumann von 1971 bis 1974 für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb: Blick ins Innere. Berichte von der akademischen Front, Zürich 1975.

[46] Thomas Nipperdey, Die bildungspolitische Lage und der Bund Freiheit der Wissenschaft, in: Freiheit

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freiheit der Wissenschaft" war Tocqueville entnommen: Reform von oben verbunden mit Revolte von unten stärke die Macht der Regierung auf Kosten bisher autonomer Institutionen. Erwin Scheuch, Soziologe an der Universität Köln, sprach von „einer Allianz zwischen Systemveränderern und Bürokraten"[47]. Für Nipperdey bestand ein Ziel des Bundes darin, angesichts falscher, im Namen der Politik oder der gesellschaftlichen Relevanz erhobener Machtansprüche „die Selbstbegrenzung der Wissenschaft wieder zu rehabilitieren"[48]. Wilhelm Hennis machte auf den Machtzuwachs des Staates aufmerksam, der in Westdeutschland unter der Parole „mehr Demokratie wagen" zu verzeichnen sei[49]. Er trat für große Zurückhaltung bei der Demokratisierung in nicht-politischen Institutionen ein; Universitäten ruhten auf anderen Prinzipien als auf der Herrschaft der Mehrheit. Behandle man die Universitäten einfach als politische Körperschaften, in denen unterschiedliche Interessengruppen konkurrieren, so ignoriere man, sagte Hennis, die Wesensmerkmale einer Universität und öffne das Tor für eine Expansion der Macht des Staates[50].

Die Verteidigung der liberalen – im Gegensatz zur plebiszitären – Demokratie war das zentrale Thema eines wichtigen Essays, den der Soziologe Helmut Schelsky 1973 veröffentlichte. In „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der ‚Polarisierung' in der Bundesrepublik Deutschland" schrieb er, die Polarisierung der westdeutschen Politik finde nicht zwischen links und rechts statt[51]. Vielmehr geschehe sie zwischen zwei Prinzipien freier und demokratischer westlicher Gesellschaften, zwischen „Demokratisierung" und „Gewaltenteilung", zwischen Rousseau und Montesquieu, zwischen plebiszitärer und liberaler Demokratie. Mit Brandts Entschlossenheit, „mehr Demokratie zu wagen", habe die Polarisierung begonnen. Schelsky kritisierte Brandts Vorhaben, weil es die wahrhaft liberale Form der Machtbegrenzung ignoriere,

---

der Wissenschaft, Nr. 11, 1974, S. 3. Zur Universität Bremen Guenther Lewy, Emancipatory Consciousness in the Federal Republic of Germany, in: False Consciousness, New Brunswick 1982.

47 Erwin Scheuch, Die Allianz zwischen Systemveränderern und Bürokraten, in: Freiheit der Wissenschaft, Nr. 1–2, 1981, S. 1–10.

48 Thomas Nipperdey, Schule und Hochschule, in: Freiheit der Wissenschaft, Nr. 1–2, S. 11. Nipperdey betonte, der Bund sei „ein Verband der Mitte ... Wir sind von der Bedeutung der Freiheit für Wissenschaft wie für Demokratie überzeugt, die Vertreter liberaler Prinzipien, solange das Wort liberal im Rahmen der europäischen Tradition noch einen greifbaren Sinn hat."

49 Wilhelm Hennis, Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, vor allem S. 36–47 (Zum Begriff der öffentlichen Meinung); ders., Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969; ders., Die mißverstandene Demokratie, Freiburg 1973. Zu seiner Analyse und Kritik der Erosion der Abgrenzung zwischen „demokratischem Sozialismus" und den Kommunisten Wilhelm Hennis, Organisierter Sozialismus, Stuttgart 1977.

50 Wilhelm Hennis, Die mißverstandene Demokratie. Im Gegensatz hierzu sah eine führende Gestalt der intellektuellen Linken, Jürgen Habermas, in der „Tendenzwende" ein Echo des antidemokratischen, autoritären deutschen Konservativismus. Vgl. seine Einleitung zu: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit". 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt 1979, S. 7–35.

51 Helmut Schelsky, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der „Polarisierung" in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München [4]1974 (zuerst erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 20. 1. 1973).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Grundatz der Gewaltenteilung, und er wandte sich gegen Visionen einer demokratisierten Universität, „in der alle über alles zu entscheiden haben und niemand mehr konkrete persönliche Verantwortung trägt"[52]. Vorübergehende Majoritäten kämen in die Lage, die Macht an einer Universität an sich zu ziehen und damit die Freiheit der Forschung zu gefährden[53].

Hier geht es nun weniger um die Validität der Argumente, die von Nipperdey, Hennis und Schelsky vorgebracht wurden, sondern mehr um ihre Grundlagen. Im Verhältnis zu der Herausforderung von links waren diese Argumente sicherlich konservativ und mithin Argumente einer intellektuellen „Rechten". Aber es handelte sich um eine Rechte, die vom Westen geprägt war, fest auf liberale Prinzipien eingeschworen. Sie hatte nichts gemein mit den dominanten Traditionen des „deutschen Konservativismus" vor 1945. Die Verfechter jener Traditionen bekämpften die Ideale der Begrenzung staatlicher Macht und der Gewaltenteilung, weil sie sie als Feinde der totalitären Einheit des „Volks" betrachteten[54]. Sie verlangten von den Universitäten, den Interessen des Staates zu dienen bzw. – in der NS-Periode – den Ansprüchen des Volkes zu gehorchen. In den Debatten über das Wesen der westdeutschen Universitäten war jedoch die intellektuelle „Rechte", die Helmut Kohl zu erreichen suchte, eine westlich geprägte und selbst im Sinne der Verwestlichung wirkende intellektuelle und politische Gruppierung, scharf abgehoben von der antiwestlichen Orientierung des früheren deutschen Konservativismus.

Anwälte einer „Tendenzwende" beschäftigten sich auch mit Sprache und Praxis der auswärtigen Politik. Zu den führenden Kritikern der von der Entspannungsära geprägten politischen Kultur zählte Alois Mertes, von 1973 bis 1982 außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und dann bis zu seinem Tod im Sommer 1985 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Mertes' Äußerungen passen jedoch nicht in das konventionelle Bild von einer entpolitisierenden technokratischen Rechten, die es mit einer politisierenden demokratischen Linken zu tun habe. „Wir müssen", so sagte er 1977 im Bundestag, „die Sowjetunion in dem, was sie über die Strategie und die politische Zielsetzung ihrer Militärmacht sagt, außerordentlich ernst nehmen"[55]. Noch immer beweise die Sowjetunion einen „dynamischen Durchsetzungswillen" gegenüber dem zum Untergang verurteilten kapitalistischen Westen. In der Ära der Entspannung benutzten die Sowjets Rüstungskontrollverhandlungen dazu, eine militärische Überlegenheit festzuschreiben, mit der am Ende der „Sieg des Sozialismus" durchgesetzt werden solle. Die sowjetische Entspannungsstrategie zielte laut Mertes darauf ab, der Bundesrepublik in der westlichen Allianz eine Rolle zuzuweisen, „die objektiv im sowjetischen Interesse liegt"[56]. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei habe in dieser Strategie eine Schlüsselfunktion. Mit Hilfe der quasi-neutralistischen Stimmungen in Westdeutschland hofften die Sowjets, die Bundesrepublik von der westlichen Allianz trennen zu

---

52 Ebenda, S. 72.
53 Ebenda, S. 76 f.
54 Dazu Jerry Z. Müller, The Other God That Failed.
55 Verhandlungen des deutschen Bundestags, 8. 9. 1977, S. 3047.
56 Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können. Die sowjetischen Ziele seien nach wie vor: die Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses in Westeuropa; die Erosion des westlichen Verteidigungssystems entweder durch einen spektakulären Austritt der Bundesrepublik aus der NATO oder aber, eher wahrscheinlich, durch einen allmählichen Schwund der Abschreckungskraft der NATO unter dem Druck eines „deutschen Interesses" an Entspannung und Wiedervereinigung; die Ausweitung des Zugangs zum Kapital, zur Wissenschaft und zur Technologie Westeuropas, dazu die Ausweitung des eigenen Einflusses – bis hin zu einem faktischen Veto – auf die außen- und verteidigungspolitischen Positionen der westeuropäischen Regierungen, indem man deren eigene Innenpolitik als Hebel gebrauchte[57]. Das Problematische an der öffentlichen westdeutschen Diskussion über die Sowjetunion sei darin zu sehen, daß zuviel über Waffen und zu wenig über die subjektiven Intentionen der Sowjetunion geredet werde.

Mertes war auch ein enthusiastischer Befürworter der Menschenrechte-Politik Präsident Carters. Er glaubte, sie stelle das Gleichgewicht zwischen Frieden und Freiheit wieder her, das durch Brandts „Friedenspolitik" gestört worden sei. Die Menschenrechte müßten mit gleicher Entschlossenheit für alle Regierungen verpflichtend gemacht werden. Wie Mertes im Juni 1978 in einer Bundestagsdebatte sagte, hatte die Verwirklichung der Menschenrechte in ganz Deutschland nichts mit dem atavistischen Nationalismus der Vergangenheit zu tun. „Wirkliche Entspannung, echter Friede entstehen erst dann, wenn die international geltenden Menschenrechtsverpflichtungen auch in ganz Deutschland strikt eingehalten und voll angewendet werden."[58] Er zitierte das Argument des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, daß nicht das Freiheitsstreben von Reformbewegungen den Frieden in Europa gefährde, sondern die Unterdrückung der Menschenrechte und der politischen Freiheit in der östlichen Hälfte des Kontinents[59]. Die immer noch andauernde Verletzung der Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Pakts untergrabe den „so viel berufenen Entspannungsprozeß". Entspannung könne zu einer „Leerformel" werden, zu einem „Nebelwerfer", zur „großen Lebenslüge unseres Zeitalters". Ost und West verstünden unter Entspannung ganz verschiedene Dinge. „Für den Westen bedeutet Entspannung: Verwirklichung der Menschenrechte. Für die Sowjetunion bedeutet Entspannung: Verhinderung der Menschenrechte."[60] Mertes postulierte die universale Geltung der Menschenrechte. Ihre Verwirklichung sei in Ostdeutschland wie in ganz Mittel- und Osteuropa nicht weniger dringlich als in Chile oder Südafrika[61].

---

[57] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 9. 3. 1979, S. 11261.

[58] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21. 6. 1978, S. 7820.

[59] Leszek Kolakowski, Rede in Köln am 17. 3. 1977, zit. von Alois Mertes, Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21. 6. 1978, S. 7821.

[60] Ebenda.

[61] Wörtlich lautete seine Erklärung: „Es ist eine Perversion der internationalen Moral, daß die Mehrheit der Vereinten Nationen von Menschenrecht und Selbstbestimmung nur dann spricht, wenn es um den Kampf gegen westliche Kolonialherrschaft, gegen südafrikanischen Rassismus, gegen das Militärregime in Chile geht, nicht aber wenn es um die Verurteilung der Verletzung des Menschenrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Sowjetunion und die von ihr aufgezwunge-

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insbesondere die Westdeutschen, so fuhr er fort, dürften ihre Augen und Ohren vor der Frage der Menschenrechte in Ostdeutschland nicht verschließen. Unter keinen Umständen sollten sich die Westdeutschen von propagandistischen Angriffen auf einen angeblichen „Revanchismus" einschüchtern lassen und vor der Weltöffentlichkeit über die Selbstbestimmung und die Freiheit der Deutschen schweigen[62]. Für Mertes brauchte westdeutsches Eintreten für die Menschenrechte in Osteuropa und Ostdeutschland keineswegs mit einer Rückkehr zu deutschem Nationalismus einherzugehen. Vielmehr ergab es sich aus der politischen Kultur der streitbaren Demokratie Westdeutschlands. Warnend sagte er, die nationale Frage und die Frage der Menschenrechte und der politischen Freiheit müßten verbunden bleiben, damit ein wiedererwachtes deutsches Nationalgefühl „nie wieder in die Hände eines braunen oder roten Totalitarismus fällt". Es liege weder im westdeutschen noch im weiteren westlichen Interesse, wenn die deutsche Frage ohne Verbindung mit den westlichen Werten der individuellen Freiheit und der Menschenrechte oder gar in einem Gegensatz zu ihnen aufgeworfen werden sollte. Auch bei diesem Aspekt der „Tendenzwende" ist also ein westlicher liberaler Charakter zu erkennen.

Die intellektuelle und politische Rechte im Bonn der siebziger Jahre stand in einem fundamentalen Gegensatz zur antidemokratischen Rechten der Weimarer Republik. In den Jahren von Weimar attackierten die rechten Intellektuellen Grundsätze wie das Recht auf persönliche Freiheit als Gefährdung der Einheit des „Volks". Statt die Freiheit des einzelnen Gelehrten gegen politische Einmischung zu verteidigen, warfen sie den Universitäten vor, Stätten „lebloser" Gelehrsamkeit zu sein. In den auswärtigen Angelegenheiten pflegten die Weimarer Konservativen die Abneigung gegen Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten als Gesellschaften oberflächlicher Krämer. Beim Vertrag von Rapallo taten sich Diplomaten und Militärs zusammen, um – dann die ganzen zwanziger Jahre hindurch – mit den Bolschewiki zu kooperieren. Konservative Eliten hatten Visionen von einem erneuten Anlauf zur Erringung der Hegemonie auf dem Kontinent, ausgeübt von einem Deutschland zwischen Ost und West. Die intellektuelle Rechte wandte sich gegen liberaldemokratische Institutionen, verachtete jegliche Form der Demokratie und leistete schließlich einen erheblichen Beitrag zu Hitlers Machtergreifung. Die führenden Vertreter der in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik als konservativ bezeichneten Gruppierungen hielten hingegen an Adenauers Erbschaft eines westlich orientierten Westdeutschland fest. An den Universitäten verteidigten sie die Trennung von Kompetenzen und die Gewaltenteilung, die Autonomie und die Freiheit der Forschung wie auch die persönliche Freiheit angesichts der Bedrohung durch eine „totalitäre Demokratie". In der Außenpolitik traten sie für Westdeutschlands atlantische und westliche Bindungen ein und warnten vor der Gefahr eines abermaligen „Sonderwegs" zwischen Ost und West.

---

nen Systeme geht." Ebenda, S. 7822. Vgl. auch Ludgar Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte, München 1987.

[62] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21.6. 1978, S. 7823.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Tendenzwende" der siebziger Jahre war das Geschöpf der Transformation des Konservativismus in der Nachkriegszeit, vor allem seiner Durchdringung mit westlichen Werten und Prinzipien. Wofür die Konservativen der siebziger Jahre standen, war eine modifizierte Version der politischen Kultur der streitbaren Demokratie. Sie äußerten sich in der Sprache Adenauers und Clausewitz', doch ebenso in einem internationalen Diskurs mit Gestalten wie Tocqueville und Karl Popper, Raymond Aron und Leszek Kołakowski, Montesquieu und Präsident Jimmy Carter. Am Vorabend der Auseinandersetzung über die Euroraketen bestand der Konservativismus der „Tendenzwende" im Streben nach Bewahrung der inzwischen entstandenen westlichen Traditionen der Bundesrepublik und der ursprünglichen Grenzen der streitbaren Demokratie. Letzteres war, angesichts der Erosion der entsprechenden Schumacherschen Tradition in der Sozialdemokratischen Partei, besonders am Platze. Daß Helmut Kohl 1973 eine Verbindung zu westdeutschen Intellektuellen suchte und daß ein Teil der Intelligentsia an einer politischen Alternative rechts von Brandt interessiert war, hatte für eine Schwerpunktverlagerung im westdeutschen Kräftesystem ebensoviel Bedeutung wie Helmut Schmidts Londoner Rede für den Gang der internationalen Politik.

Die Darstellung der Debatten, die in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1983 über die Euroraketen ausgefochten wurden, ginge über den Rahmen dieses Essays hinaus[63]. Die Erosion der politischen Kultur der streitbaren Demokratie in der intellektuellen und politischen Linken und ihre Revitalisierung in der intellektuellen und politischen Mitte und rechten Mitte bestimmten die Parameter der asymmetrischen Interaktion zwischen Diktatur und Demokratie. Die Schlüsselfrage dieses Kampfes lautete: Wird es der Sowjetunion gelingen, die normalen Prozesse demokratischer Gesellschaften und demokratischen Regierens gegen die erklärte Politik der gewählten Regierungen in Westeuropa zu wenden, werden sich die moralischen Tugenden der liberalen Demokratie in strategische Nachteile und die moralischen Gebrechen der Diktatur in strategische Vorzüge verwandeln? In Westdeutschland ging es darum, ob die SPD – in der Formulierung Uwe Nerlichs – als Bollwerk gegen die sowjetische Strategie fungieren werde, wie das in der Tradition Schumachers lag, oder als Hebel, den die sowjetische Diplomatie im Dienste ihrer Ziele benutzen konnte[64]. Es stellte sich heraus, daß die Partei kein Bollwerk mehr war. Brandt, Bahr und die Masse der SPD entfernten sich bis 1982 so weit von der Unterstützung der westlichen Verhandlungsposition, daß die Sorge über neutralistische Tendenzen in der SPD – zusammen mit Differenzen in der Wirtschaftspolitik – Außenminister Hans-Dietrich Genscher und die FDP dazu brachten, die sozial-liberale Koalition im Herbst 1982 zu verlassen und eine neue Koalition mit Helmut Kohls CDU/CSU einzugehen. In der „Raketenwahl" vom Herbst 1983 tra-

[63] Jeffrey Herf, War By Other Means, Kap. 8–11.

[64] Uwe Nerlich, Western Europe's Relations with the United States, in: Daedalus 108, Nr. 1 (Winter 1979), S. 87–112. Unter dem Gesichtspunkt des machtpolitischen Konflikts zwischen der Sowjetunion und der westlichen Allianz waren die Friedensbewegungen nur in dem Maße von Bedeutung, in dem es ihnen gelang, Parteien der linken Mitte wie die westdeutschen Sozialdemokraten zur Ablehnung von NATO-Stationierungen zu veranlassen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Sozialdemokraten für „deutsche Interessen" gegen eine mögliche Stationierung taktischer Nuklearwaffen der NATO in der Bundesrepublik ein.

Im Herbst 1983 war die Unterstützung für eine solche Stationierung unter den links von der Mitte stehenden westdeutschen Politikern, Journalisten und Intellektuellen außerordentlich schwach[65]. Auf der SPD-Konferenz im November 1983, auf der über die Haltung der Partei in dieser Frage entschieden werden sollte, stimmten 14 der 400 Delegierten mit Schmidt für die Stationierung, 386 mit Brandt dagegen. Wenig später gab es im Bundestag eine Mehrheit aus CDU, CSU und FDP für die Stationierung. Kohl wies Behauptungen zurück, die Politik der Sowjetunion und die Politik der westlichen Allianz seien von gleicher moralischer Qualität. „Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West ... Zwischen Demokratie und Diktatur gibt es keinen Mittelweg. Wir stehen auf der Seite der Freiheit."[66] Die Raketen wurden stationiert. Die diplomatische Offensive der Sowjetunion war abgewehrt. Vier Jahre später akzeptierte Michail Gorbatschow als Basis für ein Abkommen über die nuklearen Mittelstreckenraketen (INF) die Null-Null-Lösung, die Präsident Reagan im November 1981 vorgeschlagen hatte und die damals von Moskau als zynischer Verhandlungstrick gebrandmarkt worden war. Das Abkommen wurde unterzeichnet, und alle nuklearen Mittelstreckenraketen wurden zerstört. Zwar hatte sich die westdeutsche Linke aus einem Bollwerk in ein Werkzeug gewandelt, doch war dieses Werkzeug nicht stark genug, den NATO-Doppelbeschluß aufzuheben. Der sowjetische Versuch, Demokratie gegen die Demokratien ins Treffen zu führen, war fehlgeschlagen. In Westdeutschland scheiterte er nicht zuletzt daran, daß während der vorangegangenen Dekade sowohl die Argumente für die liberale Demokratie wie auch die Warnungen vor der Natur der sowjetischen Bedrohung unter den Politikern, Journalisten und Intellektuellen der Mitte und der rechten Mitte neue Plausibilität und Attraktivität gewonnen hatten. 1983 stellten sie den Kern des westdeutschen Widerstands gegen die sowjetische Politik und Strategie dar.

„Auschwitz", „München": Die Nachrüstung und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit

In den Augen der westdeutschen Linken hatte in den frühen achtziger Jahren die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit die Bedeutung erlangt, daß Antikommunismus ebenso abzulehnen sei wie Machtpolitik und daß westdeutsche Außenpolitik Friedenspolitik zu sein habe[67]. In diesem moralischen Rahmen zerfiel die Welt, einfach gesagt, in jene, die sich an die NS-Vergangenheit erinnerten, sich mit ihr auseinandersetzten und daher Brandts internationalistische und idealistische Außenpolitik unter-

[65] Zu den Verteidigern der Tradition Schumachers vgl. die wichtigen Essays von Karl Kaiser, Gesine Schwan und Manes Sperber in: Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984.

[66] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21.11.1983, S. 2329.

[67] Dazu Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützten, und jene, denen die NS-Vergangenheit aus dem Gedächtnis entschwunden war und die deshalb in den fünfziger Jahren die Wiederbewaffnung wie nun in den achtziger Jahren die Nachrüstung unterstützten. Die Linke erinnerte sich. Die Rechte hatte vergessen. Ein wichtiger, jedoch noch nicht genügend gewürdigter Aspekt der westdeutschen Debatte über die Euroraketen war die direkte Evozierung einer solchen Sicht des Verhältnisses zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die moralische Dichotomie zwischen Erinnern und Vergessen, wie sie in dem skizzierten Rahmen impliziert war, wurde angefochten. Die „Aufarbeitung der Vergangenheit" entwickelte sich wieder pluralistischer, vielfältiger, komplexer und kam damit der Mannigfaltigkeit der historischen Realitäten in der NS-Zeit wieder näher.

Seit 1980 assoziierte die intellektuelle Oppositon den Nachrüstungsbeschluß – wie die nukleare Abschreckungsstrategie des Westens überhaupt – mit den Begriffen „Holocaust" und „Auschwitz"[68]. Am 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme verglich Günter Grass die Wannseekonferenz mit nuklearer Kriegsspielerei[69]. Im Juni 1983 gab Joschka Fischer, damals Mitglied der Bundestagsfraktion der Grünen, dem „Spiegel" ein Interview, in dem er beklagte, „daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts"[70].

In Erwiderung auf Fischers Bemerkungen hielt Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU und Mitglied des Kabinetts Kohl, am 15. Juni 1983 eine Rede im Bundestag, in der er es bedauerte, daß die „geistigen Grundlagen" der Zukunft „unserer Demokratie und des westlichen Bündnisses" in den Diskussionen über Rüstung und Rüstungskontrolle verlorengegangen seien. Geißler sagte, die Regierung Schmidt habe zwar die militärisch-technischen Details der Verteidigungspolitik beherrscht, jedoch in der Debatte über die richtige Verteidigungspolitik die „geistige Führung" eingebüßt. Er kritisierte die „ganz unglaubliche" Umkehrung der Begriffe und Werte in Fischers Äußerungen, in denen „unsere Verteidigungspolitik der nuklearen Abschreckung und ein ‚zweites Auschwitz' " in Verbindung gebracht würden: „Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre ... dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht. (Beifall

---

68 So z. B. Anton-Andreas Guha, Die Nachrüstung. Der Holocaust Europas, Freiburg 1981.

69 Günter Grass, Vom Recht auf Widerstand, in: ders., Widerstand lernen, S. 58–67.

70 Verhandlungen des deutschen Bundestags, 23. 6. 1983, S. 1048. „Es ist sicher richtig, die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken. Aber ich finde es doch moralisch erschreckend, ... daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konfliktes. Da analogisiere ich nicht mit Auschwitz, aber ich sage: Auschwitz mahnt eigentlich daran, diese Logik zu denunzieren, wo sie auftritt, und sie politisch zu bekämpfen." Zur vollen Debatte Verhandlungen des deutschen Bundestags, 15. und 23. 6. 1983, vor allem die Reden von Joschka Fischer, Otto Schily, Jürgen Schmude, Horst Ehmke, Hans-Jochen Vogel, Helmut Kohl und Heiner Geißler.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der CDU/CSU – Schily ‹Grüne›: Das ist ja eine Unverschämtheit! – Weitere lebhafte Zurufe von den Grünen und von der SPD.)"[71]

Ein Sturm des Protests brach im Bundestag los. Geißler fuhr fort: „Lesen Sie die Auseinandersetzung zwischen Churchill und Chamberlain, lesen Sie die Auseinandersetzungen im britischen Unterhaus über die Frage nach, wie sich die freiheitlichen westlichen Demokratien gegenüber der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus zu verhalten hätten ... es kann überhaupt keine Frage sein, ... daß der Nationalsozialismus nicht in der Lage gewesen wäre, den Krieg 1939 zu beginnen, wenn die Westmächte eine klare Position in ihrer Verteidigung eingenommen hätten."[72]

Gegen wachsenden Lärm von Pfuis und Zwischenrufen sagte Geißler ferner: „Ich wiederhole es: Die ganzen schrecklichen und mörderischen Entwicklungen im nationalsozialistischen Regime mit dem Tod und Mord an Millionen von Menschen wären nicht möglich gewesen, wenn es die damalige Schwäche ... der freiheitlichen Demokratien dem Diktator des nationalsozialistischen Regimes nicht leichtgemacht hätte, den Krieg zu beginnen. Dies ist die Wahrheit ... Ich fürchte, wenn diejenigen in diesem weltweiten ideologischen Bürgerkrieg, in dem wir uns heute befinden, siegen würden, die uns, den freiheitlichen Demokratien, anraten, eine einseitige Abrüstung durchzuführen, und zwar auch auf dem atomaren Gebiet, ... dann wäre ein weltweiter Archipel GULag die Folge."[73]

Die Reaktion auf Geißlers Rede war ebenso interessant wie die Rede selbst. Die Sozialdemokraten und die Grünen forderten seinen Rücktritt. Jürgen Schmude, der sozialdemokratische Abgeordnete, der die entsprechende Resolution einbrachte, erklärte: „Den Pazifismus der 30er Jahre in irgendeinen ursächlichen Zusammenhang mit Rassenhaß und Massenmord zu bringen, ist unter jedem denkbaren Gesichtspunkt abwegig und auch verwerflich. (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der Grünen.) Genau das aber hat Herr Geißler getan."[74] Folglich habe Geißler, so Schmude, „unserer Demokratie geschadet", und zwar in einem solchen Maße, daß seine Entlassung am Platze sei.

Nicht weniger aufschlußreich war die Art, in der Bundeskanzler Kohl seinem attackierten Generalsekretär zu Hilfe kam. Er zitierte „einen der größten Staatsmänner dieses Jahrhunderts", Winston Churchill, und las aus dessen „The Gathering Storm" eine längere Passage vor, in der vom Beitrag der britischen Appeaser zur Ermöglichung des Zweiten Weltkriegs die Rede ist. Im gleichen Sinne argumentiere Geißler mit dem Blick auf die neutralistischen Strömungen der achtziger Jahre. Einseitige Abrüstung sei, in den achtziger wie in den dreißiger Jahren, keine wirksame Friedensgarantie[75]. In der Antwort auf seine Kritiker bezog sich auch Geißler auf Churchill: „... ich kann nicht meine historische Überzeugung preisgeben. Ich kann auch meine persönliche Erfahrung in der Zeit des Nationalsozialismus, von meinem Vater vermittelt, nicht vergessen.

---

71 Ebenda, S. 755.
72 Ebenda, S. 756.
73 Ebenda, S. 756 f.
74 Ebenda, S. 1043 f.
75 Ebenda, S. 1007. Ähnlich Alfred Dregger, ebenda, S. 1010–1016.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deswegen muß ich beim Kern meiner Aussage bleiben: möglich gemacht, nicht gewollt, nicht beabsichtigt, aber möglich gemacht durch Irrtum, durch Unterlassung, so wie es Churchill beschrieben hat, wie es der Bundeskanzler heute morgen zitiert hat, möglich gemacht in diesem Sinne haben die Verbrechen Hitlers u. a. diejenigen, für die gegenüber dem Diktator Frieden um jeden Preis das höhere Gut war und die aus diesem Grunde dem Diktator nicht in den Arm fielen, obwohl sie es hätten tun können ... Dann – und davon bin ich überzeugt – hätte Hitler Europa nicht mit diesem wahnsinnigen Krieg überziehen können, und Auschwitz wäre auch nicht möglich gewesen."[76]

Im Jahr 1983 seien die Westdeutschen, so Geißler weiter, vor die Frage gestellt, ob eine frei gewählte westdeutsche Regierung in der Lage sei, den NATO-Doppelbeschluß „gegen den innenpolitischen Druck der sogenannten Friedensbewegung" durchzuführen. Der Vergleich zwischen den dreißiger und den achtziger Jahren sei mithin notwendig. Auch die Anhänger der Friedensbewegung müßten sich die Konsequenzen klarmachen, die sich ergäben, wenn ihre politische Vorstellung von einer radikalen einseitigen Abrüstung eine politische Mehrheit in den westlichen Demokratien fände. Auschwitz könne nicht ungeschehen gemacht werden. Aber wer heute lebe, könne seine Freiheit bewahren, „wenn wir aus der Geschichte lernen"[77]. In einer Abstimmung, in der strikte Parteidisziplin gehalten wurde, lehnte die konservativ-liberale Koalition den Antrag der SPD und der Grünen, Geißler zu entlassen, mit 279 zu 210 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab[78].

Die Geißler-Fischer-Kontroverse im Bundestag markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der politischen Kultur Westdeutschlands. Geißler insistierte darauf, daß die Lehren der deutschen Vergangenheit, auch und gerade der nationalsozialistischen Vergangenheit, vielfältig seien und daß es kein moralisches oder politisches Monopol auf diese Lehren gebe. Überdies müßten, im Hinblick auf die Appeasement-Politik, das Münchner Abkommen und die Machtpolitik, aus der Geschichte der NS-Zeit Lehren gezogen werden, die von einem beträchtlichen Teil der westdeutschen Linken, trotz ihres beständigen und aufrichtigen Bemühens um „Vergangenheitsbewältigung", offenbar noch nicht angenommen worden seien.

Für die Grünen und die Sozialdemokraten im Bundestag von 1983 gehörte zur „Aufarbeitung der Vergangenheit" keine Analyse der internationalen Diplomatie der dreißiger Jahre. Ironischerweise war der von Kohl und Geißler zitierte Winston Churchill eine Ausnahme unter den britischen Konservativen jener Periode, von denen viele durchaus bereit waren, eine begrenzte Expansion des nationalsozialistischen Deutschland zu tolerieren, wenn so in Mitteleuropa – auf Kosten Österreichs und der Tschechoslowakei – eine saturierte Macht zu schaffen war, die als Bollwerk – oder sogar, wie manche hofften, als Speerspitze – gegen die Sowjetunion fungieren konnte. Bitterkeit, wie sie der Zynismus und die Kurzsichtigkeit der britischen und der französischen Politik zwi-

[76] Ebenda, S. 1052.
[77] Ebenda, S. 1052f.
[78] Vgl. Die Koalition lehnt die Entlassung Bundesminister Geißlers ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 6. 1983, S. 1.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen 1935 und 1939 verursachte, war ein charakteristischer Zug der damaligen politischen und intellektuellen Linken. Im Zusammenhang der westdeutschen Politik in den achtziger Jahren definierten jedoch die „Lehren von München" – von wenigen Ausnahmen abgesehen – „rechtsgerichtete" Auffassungen.

Wie und warum die Demokratie ihre Probe bestand

Wie und warum hat die Demokratie überlebt? Erstens weil ihre moralischen Tugenden, statt ausschließlich oder auch nur in erster Linie strategische Schwächen zu sein, in Wahrheit auch Quellen strategischer Stärke und politischer Macht darstellten. In diesem Falle belohnte der friedliche politische Wettbewerb durch Wahlen lernfähige Politiker, die an die Macht zurückkehren wollten. Wollten die Christlichen Demokraten wieder die Regierung übernehmen, so hatten sie sich, wie Kohl 1973 argumentierte, der Ära der Entspannung anzupassen und sie hatten, was noch wichtiger war, ihre eigenen moralischen Traditionen zu erneuern, die ihnen in zwei Jahrzehnten als Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland allzu selbstverständlich geworden waren. Diese Erneuerungsprozesse, die in Demokratien stets zugleich Prozesse der Kritik sind, haben während der siebziger Jahre keinen Eingang in die Pessimismus- und Krisenliteratur gefunden. Zweitens lieferte die Auseinandersetzung um die Euroraketen ein Beispiel dafür, wie sich in einer Demokratie mandatsuchende Politiker durchzusetzen vermögen. Die vier Jahre, vom NATO-Doppelbeschluß bis zur Stationierung der Raketen, dauernde Verhandlungsperiode bot der Sowjetunion ausreichend Gelegenheit, zur Unterminierung der NATO-Entscheidung die in Westeuropa herrschenden Ängste vor dem Atomkrieg zu schüren. Zur gleichen Zeit konnte der Westen keine diplomatische Gegenoffensive eröffnen, da es in Osteuropa keine Demokratie und keine öffentliche Meinung gab[79]. Dem Anschein nach lag ein Fall „überlasteter" Regierungen vor, die eine „technokratische" Entscheidung zu realisieren suchten und am Veto „artikulierter Minderheiten" in den Medien und an den Universitäten zu scheitern drohten, also ein Fall von „Unregierbarkeit" und eine „Legitimationskrise". Die Krisenliteratur in den späten siebziger Jahren, sowohl die der Linken wie die der Rechten, unterschätzte jedoch die Fähigkeit demokratischer politischer Führer, die Macht von Veto-Gruppen zu überwinden, indem sie sich, wie das Kohl und Genscher im März 1983 taten, um das Mandat der Wähler bemühten[80]. Kohl war dazu imstande, weil er, anders als Schmidt, zwei Ebenen der „Tendenzwende" zu verbinden vermochte, jene der inneren politischen Kultur – der Überzeugungen, der Prinzipien und der Werte – mit dem Wandel in der internatio-

[79] Die Koexistenz von Diktatur und Demokratie und die daraus resultierende asymmetrische strategische Interaktion sind trotz des langen Friedens der Nachkriegszeit keine Faktoren, die zur Stabilität in der internationalen Politik beitragen. Vgl. hierzu Jeffrey Herf, Asymmetric Strategic Interaction. Democracy, Dictatorship and the Euromissile Dispute in West Germany, in: Journal of Strategic Studies, Juni 1990.

[80] Vgl. Eric Nordlinger, On the Autonomy of the Democratic State, Cambridge 1981. Hier ist eine klare Darlegung dieses Standpunkts zu finden und eine Kritik jener Theorien, die die Unterordnung des Staates unter gesellschaftliche Faktoren betonen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalen Machtpolitik. Hinter Kohls Entschlossenheit von 1983 stand die ganze Adaption westlicher Werte, die der deutsche Konservativismus in der Nachkriegszeit geleistet hatte, von der Begründung der westlich orientierten Tradition Adenauers und seiner Erben bis zu ihrer energischen Wiederbelebung in den Universitäten, im Parlament und in der Presse während der „Tendenzwende" der siebziger Jahre. Für westdeutsche Konservative ergab sich aus der Erinnerung an die NS-Vergangenheit, von München bis Auschwitz, keine Ablehnung einer Politik des Kräftegleichgewichts.

Schließlich ist zu sagen, daß – trotz des nuklearen Patts und der amerikanischen Präsenz – bei der Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts in Europa im Jahre 1983 und bei der Abwehr der letzten diplomatischen Offensive Moskaus im Kalten Krieg kein Automatismus im Spiele war. 1977 sah sich Helmut Schmidt vor der Alternative, entweder die Verschiebung der Kräfte zwischen Ost und West zu ignorieren und damit seine Popularität in der eigenen Partei zu steigern oder aber das Problem des Gleichgewichts der nuklearen Mittelstreckenraketen aufzuwerfen und so das Ende seiner Amtszeit wie seiner politischen Karriere zu riskieren. Sein amerikanischer Verbündeter übte nicht den geringsten Druck auf ihn aus, die Frage aufs Tapet zu bringen. Hätte sich Schmidt dafür entschieden, die Störung des Gleichgewichts zu ignorieren, wäre der Nachrüstungsbeschluß um Jahre verzögert worden und außerdem mit dem Makel behaftet gewesen, eine Erfindung der rechts von der Mitte stehenden Parteien zu sein. Durch seine Handlungsweise im Herbst 1977 hat Schmidt es der Sowjetunion verwehrt, bei den nuklearen Mittelstreckenraketen einen noch größeren Vorsprung zu erlangen, und zugleich sichergestellt, daß eine schwierige Entscheidung die Unterstützung zumindest einer kleinen Minderheit im Führungskreis der links von der Mitte stehenden Parteien fand. Tugenden wie Mut, Willenskraft, Überzeugungsstärke und unabhängiges Denken passen allesamt nicht recht in strukturalistische oder postmoderne Geschichtstheorien. Aber ohne diese subjektiven Faktoren, Schmidts Willenskraft und Mut, Kohls Entschlossenheit, Genschers Konsequenz, sind die Ursprünge und das Ergebnis des Disputs über die Euroraketen nicht zu verstehen, eines Disputs, dessen Ausgang zu den notwendigen Voraussetzungen der Transformation Europas in den Jahren 1989, 1990 und 1991 gehört. Weit davon entfernt, das Ende aller Geschichte einzuleiten, zeigte die Wende zwischen 1977 und 1983 jene Offenheit und jenes moralische Drama, wie sie einer von Menschen gemachten Geschichte inhärent sind.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte